

# Jetzt Sparpakete

**OHNE MASSNAHMEN** ergäben sich Defizite von über 1,3 Milliarden

**Praktisch über Nacht ist der Kanton St.Gallen in eine Finanzklemme geraten. Die Finanzplanwerte für die Jahre 2011 bis 2013 lassen hohe Defizite erwarten. Die Regierung schlägt Korrekturmassnahmen vor, die Parteien und Verbände reagieren unterschiedlich.**

Zum einen soll vorerst auf die Umsetzung der geplanten Steuerge-  
setzrevisionen verzichtet werden,  
die vor allem die Wirtschaft noch  
einmal entlastet hätte. Ausserdem  
sollen die Gemeinden die finan-  
ziellen Mehraufwendungen im Be-  
reich der Pflegefinanzierung über-  
nehmen. Zusätzlich sind für 2011  
kurzfristige Einsparungen in der  
Höhe von 73 Millionen Franken  
und für die Jahre 2012 und 2013  
weitere strukturelle Massnahmen  
im Rahmen einer Verziichtspla-  
nung im Umfang von je 180 Mil-  
lionen nach Regierungsrat Martin  
Gehrer unumgänglich. Erforder-  
lich ist nicht nur ein Verzicht auf  
zusätzliche Leistungen, sondern  
auch ein Abbau bestehender Lei-  
stungen. Die Massnahmen will die  
Regierung im Laufe des Jahres fest-  
legen und in den Voranschlag 2011  
beziehungsweise in den Aufgaben-  
und Finanzplan für die Jahre 2012  
bis 2014 aufnehmen. Die negati-  
ven Saldi der Planjahre 2011 bis  
2013 von 303, 495 und 514 Mil-  
lionen sind zu wesentlichen Teil-  
en auf das hohe Aufwandwachs-  
tum zurückzuführen. Es handelt  
sich nicht um konjunkturbedingte  
Folgen. Diese könnten die Proble-  
matik noch verstärken, wenn sich  
in den nächsten Jahren der erwar-  
tete Aufschwung nicht einstellen  
würde. Als Beispiel für das Aus-  
gabenwachstum ohne Korrektur-  
massnahmen dient hier das Bau-  
departement. Hier würde der Auf-  
wandüberschuss von gesamt-  
haft 64,4 Mio im Jahre 2010 auf



Bild: we

**Regierungsrat Martin Gehrer bei der Bekanntgabe des Aufgaben- und Finanzplans 2011 bis 2013.**

111,6 Mio im Jahre 2013 anwachsen. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zuwachsrate von zwanzig Prozent pro Jahr. Vor allem ist dies auf den Anstieg der Abschreibungen bei Hochbauten zurückzuführen.

## Parteien reagieren unterschiedlich

Für die SVP ist es dringend nötig, dass der Kanton «nun endlich damit beginnt, dort zu sparen, wo es Sinn macht: Luxusprojekte wie der Bau und Betrieb einer Kantonsbibliothek müssen zwingend auf Eis gelegt werden. Gerade total über-rissene Projekte wie das Haus 24 des Kantonsspitals, wo die Kosten gegenüber ursprünglichen Plänen mehr als verdoppelt wurden, müssen mit allen Mitteln bekämpft werden».

## FDP für rasche Korrekturmassnahmen

Die FDP fordert die Regierung in ihrer Stellungnahme auf, rasch Korrekturmassnahmen aufzugleisen. Sie erwartet von ihr ein konsequentes Hinterfragen sämtlicher Staatsaufgaben und nicht nur ein Verschieben von finanziellen Kos-

ten auf die Gemeinden. Das Eigenkapital soll für die Dauer der Wirtschaftskrise ausreichen und eine Steuerfusserhöhung soll verhindert werden. Die CVP stellt fest, dass Vorhaben, die einen volkswirtschaftlichen Mehrwert schaffen und die den Standort St.Gallen stärken, keinesfalls geopfert werden dürfen. Die SP kritisiert, dass nun die normalen Steuerzahler die Zeche dafür zu bezahlen hätten, weil die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat Steuergeschenke für Unternehmen und Reiche gemacht hat. Die SP will sich dafür einsetzen, dass «für diese missratene Politik nicht die Bürgerinnen und Bürger den Kopf hinhalten müssen.» Auch die EVP stellt fest, dass «die Zeche für diese unbesonnene Finanzpolitik» wieder einmal mehr der Mittelstand und Familien mit Kindern zu bezahlen hätten.

## Gegen Verlagerung auf die Gemeinden

Gar nicht einverstanden mit der Verlagerung der Pflegekosten auf die Gemeinden ist die Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten VSGP: «Wird nur verlagert, ist finanziell nichts gewonnen. Weder für den Steuerzahler noch für die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons.»

we



Bild: we

**Monika Engler, Ökonomin im Finanzdepartement.**